

## MITTEILUNGEN

### **Einrichtung eines Schulmuseums und einer schulgeschichtlichen Forschungsstelle in Neustadt a.d. Aisch (Franken)**

Die Stadt Neustadt a.d. Aisch beschloß im Jahr 1991, im Gebäude der ehemaligen „Fürstenschule“ ein Schulmuseum einzurichten. Das dringend sanierungsbedürftige Schulhaus, heute teils von der Volkshochschule genutzt, ist ein Unikum in der deutschen Schulgeschichte. Es wurde fast ausschließlich aus Kollektengeldern gebaut, die der pietistische Schulleiter 1737–1741 in Deutschland und im evangelischen Ausland sammeln ließ. Vorbild war das Paedagogium Regium in Halle, von August Hermann Francke als Teil seiner beeindruckenden Schulstadt zu Beginn des 18. Jahrhunderts erbaut.

Der Übergang von der veralteten Lateinschule zu einem neuen Schultyp, der die Realien stärker berücksichtigte, soll im Mittelpunkt des kleinen Schulmuseums stehen, nachdem inzwischen eine ganze Reihe von Schulmuseen sich vor allem den eingegangenen Landschulen gewidmet hat. „Naturalienkabinette“ und Modellsammlungen, als Anschauungsmaterial im Gefolge der von Comenius geforderten lebendigen Unterrichtsgestaltung, sollen vorgestellt werden, vor allem mit Blick auf die stärkere Zuwendung zum naturwissenschaftlichen Unterricht.

Der Blick zurück soll aber weniger nostalgischen Bedürfnissen dienen, sondern vielmehr sollen durch die schulgeschichtliche Forschungsstelle der wissenschaftlichen Arbeit Informationsangebote gemacht werden. Wer die mühselige Spurensuche in deutschen und ausländischen Archiven kennt, weiß, wie kostspielig und zeitaufwendig sie ist. Eine Datenbank zu schulgeschichtlichen Sammlungen ist angefangen worden. Fragebögen wurden verschickt und sind inzwischen mehrheitlich zurückgekommen, so daß eine, wenn auch noch sehr lückenhafte, erste Übersicht besteht. Matrikeln (Schülerverzeichnisse) und Verzeichnisse alter Schulbibliotheken sollen folgen. Vor allem die unbeachtet in Bibliotheken und Archiven schlummernden Schulprogramme sollen allmählich erfaßt werden; sie sind eine große Fundgrube für Fragen aller Art: das bezieht sich auf die Tätigkeit einzelner Lehrer, die Frequenz von (höheren) Schulen, die Themen, die bei der öffentlichen Prüfung in kleinen Reden abgehandelt wurden, den Aufbau der heute teilweise sehr wertvollen Bibliotheken, natur-

wissenschaftliche Experimente, Schularchitektur-Geschichte, Besoldungen, die Politik der Fürstenhöfe und vieles andere.

Viele bedeutende Gelehrte erhielten die ersten Anregungen für das spätere Fach in ihrer Schule: die Hinweise darauf sind jedoch selten, da die Quellen im Verborgenen ruhen. Wie stand es um die Stipendien, welche Ziele wurden verfolgt? Was leisteten die sogenannten Fürsten- oder Landesschulen zur Entwicklung des deutschen Bildungswesens? Wie sah der Lehrer- und wie der Schüleralltag aus? Erhaltene Speisepläne zeigen interessante, regional bedingte Ernährungsweisen, die Handwerkerrechnungen für die „Alumnen“ (Stipendiaten) geben Aufschluß über die Kosten des auf die Allgemeinheit entfallenden Unterhalts.

Ein Zufallsfund förderte einen umfangreichen Bestand von Schülerarbeiten aus der Zeit 1645–1745 zutage, vermutlich eine Rarität, die kaum eine Parallele haben dürfte. Sie entstanden im Gymnasium in Kulmbach und überlebten Brände, Umzüge und Aufräumarbeiten. Die Arbeiten werden jetzt inventarisiert in Neustadt und können dann ausgewertet werden. Es sind in der großen Mehrzahl lateinische Übersetzungen deutscher Texte, deren Inhalt selbst Teil der Wissensvermittlung war. Eine kleinere Zahl von griechischen und hebräischen Übersetzungen gehört auch dazu und wird hoffentlich bald einmal von dem einen oder anderen Altphilologen begutachtet werden.

Auch eine Zusammenarbeit mit der Internationalen Forschungsstätte für Aufklärung und Pietismus in den Franckeschen Stiftungen in Halle wird angezielt. Erste Gespräche haben bereits stattgefunden und werden hoffentlich bald zu einem konkreten Ergebnis führen. Als Ausbildungsstätte für zukünftige Lehrer spielte Halle im 18. Jahrhundert eine führende Rolle, wenn auch nur zwei deutsche Schulen (Gymnasien) sich zeitweilig ganz an Franckes Pädagogik orientierten, nämlich Neustadt, wie bereits erwähnt, und die Saldria in Brandenburg.

Besonders wichtig ist die Herstellung von Kontakten zu schulgeschichtlichen Sammlungen in den neuen Bundesländern, deren Betreuer bereits mehrfach an Tagungen in der alten Bundesrepublik teilgenommen haben. Auf ihren Wunsch wurde in Neustadt ein kleines Informationsblatt erstellt, das allen Interessenten zugeschickt wurde und im Herbst ein zweites Mal herauskommen wird. Es gilt hier, an eine gemeinsame, vielhundertjährige Bildungsgeschichte anzuknüpfen und sich auf die zahllosen Impulse zu besinnen, die deutsche Bildungsstätten sich gegenseitig und der Gesellschaft ihrer Zeit vermittelten. Ein Europa ohne Grenzen wurde nicht proklamiert, denn im Bildungswesen existierte es über Jahrhunderte, auch im Deutschland der Kleinstaaterei, das zeigen die Namen der ausländischen Schüler in den Verzeichnissen.

Als erste Schrift der schulgeschichtlichen Forschungsstelle wurde jetzt die vor 250 Jahren von dem Neustädter Rektor Paul Eugen Layritz verfaßte *Verteidigung der Didaktik des Comenius* herausgegeben. Sie war Teil eines Schulprogramms (der Einladung zur öffentlichen Abschlußprüfung, der stets ein Aufsatz des Rektors vorangestellt wurde), das schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht mehr zu finden war. Der lateinische Text ist nur noch wenigen Fachleuten verständlich, und seine Übersetzung — ohne Honorar — verdient den Dank aller Interessierten. Die Schrift kann beim Schulmuseum Neustadt gegen 4,80 DM angefordert werden.

Als nächstes wird ein Aufsatz über die Kulmbacher Schülerarbeiten folgen, unter denen sich z.B. auch die Beschreibung eines großen barocken Feuerwerks in Hamburg 1698, aus Anlaß des Friedensschlusses England-Frankreich veranstaltet, gehört. Sehr nachdenklich mag auch eine Übersetzung zum Thema des mangelnden nationalen Bewußtseins der Deutschen (von 1653) stimmen und für viele eine Überraschung sein.

Um es zu wiederholen: es sollen Anregungen gegeben werden, sich von den ausgetretenen Pfaden der schulgeschichtlichen Forschung — über die die Dissertationskataloge der Universitäten Aufschluß geben — hinzuwenden zu neuen Fragestellungen. Auf kaum einem anderen Sektor ist eine verbesserte Kooperation so notwendig wie hier, denn Archivalien und Berichte finden sich auf Grund der alten föderalen Struktur Deutschlands und der wechselnden Zuständigkeiten nach 1871 überall, vom kleinen Heimatmuseum oder Pfarrarchiv bis zu den großen staatlichen Zentralarchiven. Jahresberichte und Festschriften erleichtern die Arbeit häufig, da Handschriften nicht mehr überall zum selbstverständlichen Quellenstudium zugänglich sind. Wichtig ist aber, daß man ihren Standort kennt, und in dieser Hinsicht soll die Neustädter Forschungsstelle ein Dienstleistungsunternehmen sein. Im Rahmen verschiedener Veranstaltungen und Ausstellungen zum Thema „800 Jahre Hohenzollern in Franken“ wurde auch in Neustadt vom 18.6. bis 27.9.1992 eine Ausstellung gezeigt, zu der eine Sonderausstellung gehört: „Die Hohenzollern als Förderer des fränkischen Bildungswesens“. Die Hohenzollern begannen ja ihre lange Geschichte als Burggrafen von Nürnberg und erhielten zunächst Franken als Herrschaft zugewiesen. Die „märkische Streusandbüchse“ — die Mark Brandenburg — und die Kurfürstenwürde folgten 1415. Noch bevor Brandenburg sein berühmtes Joachimsthalsches Gymnasium erhielt (1607), stifteten die fränkischen Markgrafen die Fürsten- oder Landesschule Heilsbronn bei Ansbach. Sie konnte sich allerdings, anders als das erst 1945 eingegangene Joachimsthalsche Gymnasium, nur rund 150 Jahre halten, die Gymnasien in den Residenzstädten Ansbach

und Bayreuth erwiesen sich als lebenskräftiger. Auch die Schule in Neustadt erinnert an die Herrschaft der Hohenzollern. Der brandenburgische Adler war Teil des Wappens des 1742 fertiggestellten Schulgebäudes, er ist auch noch in dem Anbau von 1905 zu sehen.

Anfragen zum Schulmuseum sind zu richten an Dr. Marianne Doerfel, Schulmuseum, Peter-Kolb-Platz 3, 8530 Neustadt a.d. Aisch (Stadtverwaltung), Tel. (091 61) 66652.

Marianne Doerfel, Neustadt/Aisch

## Das Symposium „Bildungspolitik im besetzten Polen“ — ein Bericht

Vom 2. bis 4. September 1992 fand eine deutsch-polnische Expertentagung zu Fragen der nationalsozialistischen Bildungspolitik und des polnischen geheimen Unterrichtswesens während der Zeit der deutschen Besetzung in Polen statt. Tagungsort war die Evangelische Akademie Iserlohn; eingeladen hatte das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Projekt „Bildungspolitik im besetzten Polen, 1939–1945“, das an der Fern-Universität Hagen im „Lehrgebiet Interkulturelle Erziehungswissenschaft“ angesiedelt ist (Prof. Dr. Georg Hansen (Leitung) und Dr. Ralf K. Oenning) und in Kooperation mit der „Arbeitsstelle für Interkulturelle Studien/Ausländerpädagogik“ im Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Münster (Prof. Dr. Marianne Krüger-Potratz) durchgeführt wird.

Einleitend gab Prof. Dr. Wolfgang Keim, Universität Paderborn, einen Überblick über den Stand der erziehungswissenschaftlichen Forschung zu Bildung und Erziehung im Nationalsozialismus. Der mit dem Thema des Symposions angesprochene Fragenkomplex, die nationalsozialistische Bildungspolitik und Pädagogik in den besetzten Gebieten, sei, so sein Résumé, immer noch ein „weißer Fleck“ in der deutschen Bildungsgeschichte.

Die Bildungspolitik im besetzten Polen ist derzeit Gegenstand zweier Forschungsprojekte: Neben dem oben genannten, das speziell die Bildungspolitik im „Reichsgau Wartheland“ und im „Generalgouvernement“ untersucht, gibt es seit mehreren Jahren an der Universität Oldenburg eines zur Schulpolitik im „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ (Dr. Klaus Klattenhoff und Dr. Friedrich Wißmann). Aus der Arbeit dieses Projekts berichtete Friedrich Wißmann über das „Schulwesen während der deutschen Besetzung im Reichsgau Danzig-Westpreußen“, während Klaus Klattenhoff unter dem Titel „Erziehung zum Untermenschen“ über die nationalsozialistische Bildungspolitik für polnische Kinder im „Reichsgau Wartheland“ referierte mit dem Ziel, den Kontrast zum „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ zu verdeutlichen. Die „andere Seite“ der nationalsozialistischen Besatzungs- und Bildungspolitik, der geheime Unterricht als Teil des polnischen nationalen Widerstandes, war Gegenstand des Vortrags von Dr. Eugeniusz Cezary Król (Historiker an der Universität Warschau).

Fragen der Ethnisierung des Bildungswesens und der (Schul-)Sprachen-

politik standen im Mittelpunkt von drei weiteren Referaten: Prof. Dr. Marian Walczak (Bildungshistoriker an der Universität Warschau) untersuchte die „Divide et impera-Strategie in der nationalsozialistischen Bildungspolitik am Beispiel des ukrainischen Schulwesens im Generalgouvernement“; Ethnizität als Selektionskriterium war Gegenstand des Vortrags von Georg Hansen, sein Thema: „Selektion und ethnische Differenzierung als Prinzip von Schulpolitik — der ‚Reichsgau Wartheland‘ und das ‚Generalgouvernement‘ im Vergleich“; über die Sprachen- und Schulsprachenpolitik in diesen beiden Gebieten referierte Ralf K. Oening. Abschließend sprach Frau Dr. Krystyna Zielińska (Universität Posen) zur „Kontinuitätsproblematik in den deutsch-polnischen Beziehungen“. — Die Texte der Vorträge werden voraussichtlich ab Dezember in gedruckter Form vorliegen und können dann über die Evangelische Akademie (Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn) bezogen werden.

Die Perspektive, unter der die Forschergruppe Hagen/Münster sich für die Bildungspolitik im besetzten Polen interessiert, erläuterte M. Krüger-Potratz: Zum einen gehe es um die Kartographierung eines „weißen Flecks“ in der deutschen Bildungsgeschichte, zum anderen beziehe das Projekt seine Fragestellung aus der aktuellen Diskussion über interkulturelle Pädagogik und spitze sie auf diese hin zu. In dieser Perspektive kooperiere das Projekt „Bildungspolitik im besetzten Polen“ mit dem 1989 bei der DFG eingerichteten Forschungsschwerpunktprogramm „FABER — Folgen der Arbeitsmigration für Bildung und Erziehung“.

Diese Perspektive bestimmte u. a. auch die Diskussionen auf dem Symposium, Diskussionen über die verschiedenen Fragen, die das schwierige Verhältnis von Mehrheit und Minderheiten im Bereich von Bildung und Erziehung kennzeichnen — im vorliegenden Fall unter den extremen Bedingungen von Krieg und Okkupation: so z. B. die Bedeutung der Kategorie „Ethnizität“ (Volkstum) bzw. in der Zeit des Nationalsozialismus der Kategorie „Rasse“ als ein Regelungsmoment für Bildungszugang und -chancen; die Folgen einer Gleichsetzung von Volkstum und Kultur bzw. Volkstum und Sprache; die Möglichkeit, über (Schul-)Sprachenpolitik bestimmte Minderheiten auszugrenzen, andere aber — zumindest den Versprechungen nach — einzugrenzen (divide et impera-Strategie); die Bewertung von bzw. der Umgang mit Zweisprachigkeit usw.

Das Projekt will im Rahmen seiner Möglichkeiten zu einer differenzierteren und historisch fundierten Sicht auf das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit beitragen und dazu, die Dialektik der Mehrheit-Minderheiten-Beziehung schärfer herauszuarbeiten — entgegen einem naiven pro oder contra, das — zum Teil — für die aktuelle Diskussion in der und über die interkulturelle(n) Pädagogik kennzeichnend ist. Als erstes Ergebnis

der Projektarbeit wird eine Quellenedition zur Schulpolitik im „Reichsgau Wartheland“ und „Generalgouvernement“ vorbereitet. Parallel entsteht an der Universität Oldenburg eine Quellenedition zur Schulpolitik im „Reichsgau Danzig-Westpreußen“.

Marianne Krüger-Potratz, Münster

## Aktuelle Probleme und Bedürfnisse des Deutschunterrichts im Opperler Schlesien

Bis zum Jahre 1989 gab es in der Wojewodschaft Oppern, im Unterschied zu anderen Teilen Polens, keinen Deutschunterricht an den achtklassigen allgemeinbildenden Schulen, in Polen Grundschulen genannt. Es war dies eine Folge der sog. Repolonisierungspolitik, d.h. der polnischen Minderheitenpolitik gegenüber den einheimischen Oberschlesiern, die als sog. „Autochthone“ (polnische Bezeichnung für bodenständige Bevölkerung) nach 1945 nicht vertrieben wurden. Nach polnischer Theorie handelte es sich um ethnisch polnische Bevölkerung, welche über Jahrhunderte hinweg einer germanisatorischen Politik ausgesetzt gewesen war und die nun wieder in die Mutternation integriert werden sollte. Das ganz überwiegend nichtpolnische (nämlich deutsche oder schlesisch-regionale) Selbstverständnis dieser Bevölkerung wurde dabei nicht berücksichtigt.

Repolonisierung bedeutete dabei in der Praxis Hinführung zu polnischer Kultur und Unterdrückung aller Bindungen an die deutsche Kultur, insbesondere auch im sprachlichen Bereich. Dabei wurde der Schule besondere Bedeutung zugemessen.

Deutschunterricht war im Sinne dieser Politik kontraproduktiv, daher das faktische, allerdings nicht schriftlich fixierte Verbot desselben in den Hauptwohngebieten der einheimischen Oberschlesier. Die offizielle Begründung, es bestünde kein Interesse an einem solchen Unterricht, stand in krassem Gegensatz zu den Wünschen der einheimischen Bevölkerung, wie sie beispielsweise in Befragungen durch polnische Soziologen des Schlesischen Instituts (Instytut Śląski) in Oppern zum Ausdruck kamen. Selbst des Deutschen völlig unkundige einheimische Jugendliche bezeichneten die deutsche Sprache als wichtigen Faktor ihrer Identität und das Angebot entsprechenden Unterrichts als unbedingt erforderlich.

Dem Bedürfnis nach deutschsprachiger Seelsorge hatte der Bischof von Oppern, Alfons Nossol, bereits unmittelbar nach seinem Amtsantritt 1977 durch Einführung obligatorischen Deutschunterrichts am Priesterseminar Neisse Rechnung getragen. Seit August 1989 führte er auch zusätzlich zu den polnischen Messen solche in deutscher Sprache ein, zunächst nur auf dem ober-schlesischen Wallfahrtsort St. Annaberg, seit September 1990 auf entsprechenden Wunsch auch an anderer Stelle.

Im schulischen Bereich änderte sich die Lage erst mit dem Polenbesuch von Bundeskanzler Kohl im November 1989. Nachdem Anfang 1990 erstmals deutsche Minderheitenorganisationen in Schlesien offiziell aner-

kannt wurden, hatten auch deren dringende Bitten um Einführung von Deutschunterricht an den Schulen Erfolg. Die folgenden Angaben basieren auf Informationen des Oppelner Kuratoriums für Bildung und Erziehung (Kuratorium oświaty i wychowania, Opole) vom Frühjahr 1992. Wie aus der Tabelle ersichtlich, wurde im Schuljahr 1990/91 bereits an 184 Grundschulen der Wojewodschaft Oppeln Deutschunterricht angeboten, im Schuljahr 1991/92 erhöhte sich die Zahl auf 236 Schulen.

Das größte Problem stellte dabei der Mangel an qualifizierten Deutschlehrern dar. Aufgrund des früheren Verbots gab es im Oppelner Gebiet keine Lehrkräfte, auf die man hätte zurückgreifen können. So mußten angesichts des plötzlichen großen Bedarfs unqualifizierte Kräfte als Deutschlehrer eingesetzt werden. Von den 232 im Schuljahr 1991/92 Deutsch unterrichtenden Lehrern haben nur 5% ein Magisterexamen in Germanistik abgelegt. Von diesen ist wiederum die Hälfte bereits im Ruhestand. 26% besitzen zwar das Staatsexamen als Lehrer, aber noch nach der alten Form vor dem November 1990. 69% aller Deutschlehrer besitzen keine entsprechende sprachliche Qualifikation.

Der zusätzliche Bedarf an Deutschlehrern in der Wojewodschaft Oppeln wird vom dortigen Bildungs- und Erziehungskuratorium auf mehr als 100 Lehrer geschätzt. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß ein Teil der zur Zeit tätigen Deutschlehrer wegen mangelnder Qualifikation dringend ersetzt werden müßte. Der Mangel an Deutschlehrern wird noch verstärkt durch die augenblicklich große Nachfrage nach privatem Deutschunterricht bzw. deutschkundigen Übersetzern und Dolmetschern seitens der Wirtschaft. Da die Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten an den Schulen im Vergleich zur freien Wirtschaft gering sind, wird sich der Mangel an den Schulen in absehbarer Zukunft sogar eher noch vergrößern.

Die Oppelner Schulbehörde beantragte im Frühjahr 1992 beim Warschauer Kultusministerium, den Mangel an geeignetem Nachwuchs durch die Möglichkeit einer nachträglichen sprachlichen und pädagogischen Qualifikation von bereits beschäftigten Lehrkräften zu mildern. Auch wird eine intensive Förderung der Germanistenausbildung erbeten. Die prekäre finanzielle Lage Polens verschärft die Situation zusätzlich und läßt das Kuratorium selbst um den Erhalt des gegenwärtigen Standes an Deutschunterricht fürchten.

Aus der Bundesrepublik werden die polnischen Bemühungen um einen Ausbau des Deutschunterrichts von verschiedenen Seiten unterstützt. Die Schulen in den Siedlungsgebieten der deutschen Minderheit müssen ihren Bedarf an Deutschlehrern dem polnischen Kultusministerium melden. Dieses stellt in Absprache mit den deutschen diplomatischen Vertretun-

Anzahl Grundschulen	Anzahl Lehrer	Philologen	mit Sprachstudium	mit Staatsexamen	ohne Sprachlehrausbildung	ohne pädagogische Ausbildung	mit pädagogischer Ausbildung	ohne 6 und 7	Pflichtstundenzahl	Zusatzstundenzahl	Stunden insgesamt	Anzahl der Lehrer, welche ohne pädagogische oder sprachliche Qualifikation unterrichten müssen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Wojewodschaft Opeln 90/91 / 91/92												
Deutsch												
184	170	9	-	72	89	56	114	23			1687	39
236	232	13	-	61	158	50	182	35	1606	954	2560	30
Französisch												
17	18	9	-	4	5	2	16	1			220	3
16	14	10	-	2	2	-	14	-	164	41	205	-
Englisch												
81	102	4	2	39	57	35	67	21			1313	22
95	108	5	1	44	68	28	80	17	1252	337	1589	15
insgesamt												
282	290	22	2	115	151	93	197	45			3220	64
348	355	28	1	107	229	78	277	52	3022	1334	4356	46

Quelle: Kuratorium oświaty i wychowania, Opole/Opeln 1992.

gen in Polen eine entsprechende Liste zusammen und leitet sie an die Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) in Deutschland weiter. Diese hat im Rahmen ihres Polen-Programms arbeitslose deutsche Junglehrer angeworben, die gemäß den deutsch-polnischen Absprachen für mindestens ein ganzes Schuljahr als Gastlehrer nach Polen gehen. Sie schließen dabei direkt mit dem betreffenden Schulträger in Polen einen Arbeitsvertrag ab und erhalten ein entsprechendes polnisches Lehrergehalt und eine Dienstwohnung. Falls eine solche nicht gestellt werden kann, wird den Lehrern von deutscher Seite ein Wohngeld gezahlt.

Durch das Bonner Auswärtige Amt wird ferner die Entsendung von pensionierten Lehrern aus der Bundesrepublik für mindestens ein Schuljahr finanziell und organisatorisch unterstützt. Die Anwerbung der Seniorenlehrer und die Prüfung ihrer Lehrbefähigung wurde dem Bund der Vertriebenen übertragen. Auch diese Lehrkräfte werden in Polen durch die ZfA, die deutsche Minderheit und die örtlichen polnischen Schulbehörden unterstützt und betreut.

Die Versorgung mit ausreichendem und geeignetem Lehrmaterial stellt derzeit noch ein gravierendes Problem dar. In der Wojewodschaft Opoln konnte nicht auf ältere Lehrmittelbestände für Deutschunterricht zurückgegriffen werden. Dies war an sich kein Nachteil, da die früheren polnischen Lehrmaterialien den Anforderungen eines modernen Deutschunterrichts nicht genügten. Die Finanzsituation erlaubte aber leider nicht die Beschaffung entsprechender zeitgemäßer Lehrmittel. Die deutschen Minderheitenorganisationen konnten zwar über Partnerorganisationen in der Bundesrepublik den allerdringendsten Bedarf decken, eine ausreichende Versorgung ist aber derzeit noch lange nicht erreicht. Im Rahmen des Polenprogramms der deutschen Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) werden zumindest den von ihr vermittelten Gastlehrern aus der Bundesrepublik entsprechende Lehrmaterialien zur Verfügung gestellt.

### **Ergänzung: Neue rechtliche Grundlagen für das Minderheitenschulwesen in Polen**

Eine Verordnung des Ministers für nationale Erziehung vom 24. März 1992 sieht für Schüler in Polen, welche einer nationalen Minderheit angehören, Unterricht vor, der ihnen die Bewahrung und Stärkung ihrer nationalen, ethnischen oder sprachlichen Identität ermöglicht. Dazu können u.a. auch Schulen eingerichtet werden, in denen alle Fächer außer Polnisch und Geschichte in der Sprache der jeweiligen Minderheit unterricht-

tet werden. Voraussetzung für die Einrichtung minderheitensprachlicher Klassen sind meistens sieben (an Grundschulen) bzw. 14 (an Oberschulen) Schüler der entsprechenden Minderheit. Wird diese Zahl nicht erreicht bzw. kann die betreffende Schule aus Mangel an geeigneten Lehrkräften diese Klassen nicht einrichten, sollen die Schüler mehrerer Schulen in speziellen muttersprachlichen Gruppen zusammengefaßt werden können. Die Schulzeugnisse muttersprachlicher Schulen sollen zweisprachig ausgestellt werden und zum Besuch weiterführender Schulen in Polen berechtigen.

In Anknüpfung an diese Verordnung wurde am 15. Oktober 1992 in Ratibor zwischen dem Bildungskuratorium in Kattowitz und der Kattowitzer Bezirksleitung der deutschen Minderheit eine Vereinbarung getroffen, welche eine enge Zusammenarbeit zwischen Bildungskuratorium und deutscher Minderheit in Fragen des Schulwesens, regelmäßige, mindestens zweimal jährlich stattfindende Konsultationen und die Erarbeitung eines gemeinsamen Programms betreffend Deutschunterricht und Ausbildung von Deutschlehrern vorsieht. Deutschpolnische Schulpartnerschaften sollen gefördert, Jugendaustausch sowie die Beschaffung geeigneter Lehrmaterialien gemeinsam organisiert werden. Besondere Bedeutung wird der Lehrausbildung beigemessen. Gemeinsam wird die Errichtung eines Seminars für künftige Deutschlehrer aus den Reihen der deutschen Minderheit in Ratibor vorbereitet, dessen Absolventen an polnischen Schulen als Deutschlehrer arbeiten sollen. Unterstützung ideeller und materieller Art wurde bei all diesen Bemühungen aus der Bundesrepublik Deutschland zugesagt.

Joachim Rogall, Mainz